

Medien-Information

2. Oktober 2014

Minister einigen sich auf neuen Verteilungsschlüssel bei ÖPNV-Finanzierung VMK-Chef Meyer: „Meilenstein für einen modernen Nahverkehr von morgen“

KIEL. Durchbruch bei den seit Monaten festgefahrenen Verhandlungen über die künftige Finanzausstattung der Länder zur Finanzierung ihrer ÖPNV-Angebote: Die Verkehrsministerkonferenz (VMK) einigte sich am Donnerstag (2. Oktober) erstmals auf einen neuen Verteilungsschlüssel, nach dem in Zukunft die so genannten Regionalisierungsmittel des Bundes unter den Ländern verteilt werden sollen. „Damit haben wir eine kraftvolle Position gegenüber dem Bundesfinanzminister, mit der wir unsere Forderung nach einer Aufstockung der Mittel von derzeit 7,3 auf 8,5 Milliarden Euro jährlich untermauern können“, sagte VMK-Vorsitzender Meyer zum Abschluss der Konferenz in Kiel. Meyer erinnerte daran, dass der bisherige Verteilungsschlüssel aus dem Jahr 1993 stamme und schon lange nicht mehr die realen Verhältnisse abbilde: „Mit unserer einhelligen Forderung, die Höhe der Gelder und den Verteilungsschlüssel bis zum Jahr 2030 festzuschreiben sowie den Mittel-Aufwuchs von derzeit 1,5 auf 2,8 Prozent anzuheben, sehen wir nun den Bund am Zug, die Weichen für einen modernen und leistungsfähigen ÖPNV in Deutschland zu stellen.“

Der unter den Ländern gefundene Kompromiss sieht unter anderem einen schrittweisen Verteilungsmechanismus vor, der sich zur einen Hälfte auf die Einwohnerzahl des jeweiligen Landes und zur anderen Hälfte auf die für 2015 angemeldeten oder bestellten Zugkilometer stützt. „Dabei war Grundlage unserer Einigung, dass unter'm Strich kein Land unter ein Plus von 1,25 Prozent bei den Regionalisierungsmitteln fallen darf“, so Meyer. Um zudem Unwuchten zuzulasten solcher Länder auszugleichen, bei denen sich erhebliche Mehrbedarfe aufgestaut haben, wurde folgende Vereinbarung getroffen: Diejenigen westlichen Flächenländer, deren Zielquote über dem Königsteiner Schlüssel liegt, geben von diesem Plus ein Drittel zugunsten der Länder Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen ab. „Vor dem Hintergrund dieser Einigung erwarten wir von der DB Fernverkehr, dass sie sich nicht weiter aus der Fläche zurückzieht, sondern aktiv daran arbeitet, ein auskömmliches Fernverkehrsangebot bereit zu stellen“, sagte Meyer.

Ein weiteres Schwerpunkt-Thema der Konferenz war die am Vortag angekündigte Investitionsoffensive von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt. Der Bund erreicht dadurch ab 2018 zusätzliche Einnahmen in Höhe von rund 4,8 Euro jährlich.

Dazu gehört: Bei der Lkw-Maut wird eine Ausweitung auf weitere rund 1000 Kilometer vierspurige Bundesstraßen, die Einbeziehung von Lkw ab 7,5 Tonnen (ab 2015) sowie die Ausweitung auf alle Bundesstraßen (ab 2018) geplant. Hinzu kommt eine zweckgebundene Nutzerfinanzierung durch die Einführung einer Infrastrukturabgabe ab 2016 sowie der verstärkte Einsatz von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP). Dobrindt verwies zudem auf eine klare Prioritätensetzung durch Programme wie etwa für die Seehafen-Hinterland-Anbindungen oder Brückenmodernisierungen.

„Um die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrswege zu erhalten habe ich einen Investitionshochlauf gestartet. Auch Kommunen und Länder sind in der Verantwortung, stärker in die Infrastruktur zu investieren“, sagte Dobrindt.

Die Länder-Verkehrsminister begrüßten die generelle Absicht des Bundes, wiesen zugleich aber darauf hin, dass jegliche weitere Verzögerung bei der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur-Mittel zu einer nochmaligen Verschärfung der derzeit desolaten Lage des deutschen Straßen-, Schienen- und Wasserwegenetzes führen werde.

Weitere Themen der Verkehrsministerkonferenz:

- **Flugnavigationsanlagen und Ausbau der Windenergie:** Die Länderverkehrsminister unterstützen die Absicht des Bundes, neue wissenschaftliche Erkenntnisse über mögliche Beeinträchtigungen von Funkfeuern durch Windenergieanlagen schnellstmöglich in Entscheidungen nach dem Luftverkehrsgesetz einfließen zu lassen. Damit soll einerseits der Ausbau der Windenergie gewahrt werden, ohne eine Gefährdung des Flugverkehrs zu riskieren.
- **Aufbewahrung digitaler Unterlagen für Taxameter:** Die Länder-Verkehrsminister unterstützen die Position des Bundesfinanzministeriums, wonach auch für das Taxigewerbe eine Verpflichtung zur Führung zuverlässiger digitaler Unterlagen über den Ursprung von Einnahmen besteht. Mit Hilfe solcher Aufzeichnungen lasse sich überprüfen, ob die Einnahmen im Taxigewerbe vollständig und verlässlich offen gelegt werden. Das sei ein wesentliches Merkmal der persönlichen Zuverlässigkeit als Genehmigungsvoraussetzung.
- **Entgeltliche oder geschäftsmäßige Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen:** Die Verkehrsminister sind sich einig, dass die Personenbeförderung mit Privatfahrzeugen und -fahrern (z.B. Uber) ohne Genehmigung nach dem Personenbeförderungsrecht verboten ist. Die Fachminister begrüßen jedoch Initiativen aus dem Taxigewerbe, moderne

Standards wie etwa bargeldlose Zahlung oder internetbasierte Steuerungssysteme weiter zu entwickeln.

- **Hubschrauberlandeplätze an Krankenhäusern:** Die Verkehrsminister bitten die Bundesregierung, bei der Umsetzung von technischen Vorschriften und Verwaltungsverfahren hinsichtlich des Flugbetriebs an Krankenhäusern dafür zu sorgen, dass die entsprechende EU-Verordnung nicht zu einer Beeinträchtigung der Luftrettung führen darf. Damit schließen sich die Verkehrsminister einem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz an.
- **Lärmsanierung an kommunalen Straßen:** Mit Blick auf einen Bericht des Bundes zur Lärmsanierung an kommunalen Straßen unterstützen die Länderminister einen Beschluss des Bundesrates für ein nationales Förderprogramm. VMK-Vorsitzender Meyer: „Dieses Programm darf allerdings nicht zu Lasten der Mittel für die Verkehrswege des Bundes gehen.“

Mit der diesjährigen Herbst-Konferenz endet der zweijährige VMK-Vorsitz Schleswig-Holsteins. Für die kommenden zwei Jahre übernimmt Mecklenburg-Vorpommern mit seinem Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung, Christian Pegel, den Vorsitz.